

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

11.04.2019

Wohnraum entsteht durch Bauen und nicht durch Enteignen

„Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit“, sagte Marco Wanderwitz, Staatssekretär für Bau, anlässlich der Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag, die sich mit dem Thema „Wohnraummiete in Deutschland“ befasst hat.

Seit einigen Jahren ist ein starker Zuzug in die Ballungsgebiete zu verzeichnen. Städte wie Hamburg, Frankfurt, München, Leipzig, Berlin und viele andere Großstädte wachsen kräftig. Aber auch im ländlichen Raum sind bezahlbare Häuser und Wohnungen ein großes Thema. Deutschlands Bevölkerung wächst. Wohnungen werden knapp, die Mieten steigen. Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum ist die neue „soziale Frage“ geworden.

In der Vergangenheit hat die CDU/CSU-Fraktion bereits die Mietpreisbremse eingeführt und den sozialen Wohnungsbau gefördert, die Abschreibungsmöglichkeiten verbessert und das Baukindergeld auf den Weg gebracht. Diese Maßnahmen helfen, bis neue Wohnungen entstanden sind. Enteignungen sind aber der falsche Weg, denn keine neue Mietwohnung wird dadurch zusätzlich gebaut. Im Gegenteil: Investoren werden abgeschreckt und Steuermittel verschwendet.

Der richtige Ansatz ist vielmehr eine gute Baupolitik. Diese gründen wir auf 4 Säulen: Erstens brauchen wir deutlich mehr Bauland. Zweitens müssen wir effizienter und schneller bauen können. Drittens benötigen wir genügend Finanzmittel für Bauvorhaben. Und viertens darf der ordnungspolitische Rahmen, das Mietrecht, keine unverhältnismäßigen Hürden aufbauen, die eine Bautätigkeit verhindern.

Zusätzliches Bauland werden wir aber auch nur dann erhalten, wenn auch die Länder und Kommunen mitwirken. Denn die Zuständigkeit dafür, ausreichend Wohnraum zu schaffen, liegt bei Ländern und Kommunen. Wichtige Beschlüsse für ein bezahlbares Wohnen sind deshalb bereits im Herbst 2018 auf dem Wohngipfel gefasst worden. Erste Umsetzungen laufen. Aber nun es gelte, so Wanderwitz, die Länder auch weiterhin daran zu erinnern, ihrer Pflicht nachzukommen, mit Zustimmungen im Bundesrat mitzuhelfen,

wie auch bei der steuerlichen Förderung des Mietwohnungsbaus, wie Antje Tillmann, finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, betont.

Auch nach dem Wohngipfel bleibt die Unionsfraktion am Ball: in einer Projektgruppe Wohnen sind weitergehende Vorschläge ausgearbeitet worden – ein ganzes Maßnahmenbündel, mit dem CDU und CSU Schritt für Schritt mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen wollen. Von der Schaffung einer Musterbauordnung über Verdichtung durch etwa Dachgeschossausbauten bis hin zur Aktivierung öffentlicher Grundstücke zählt Wanderwitz die Vorschläge und Ideen für die Schaffung von mehr Wohnraum auf.

Deutschland hat im internationalen Vergleich eine sehr geringe Wohneigentumsquote, was Teil des Problems ist. Darum ist auch das Baukindergeld als eine der ersten Maßnahmen der Großen Koalition auf den Weg gebracht worden, um jungen Familien den Erwerb eines Eigenheimes zu ermöglichen. Gerade mal ein Jahr nach Aufnahme der Regierungsarbeit können jetzt die ersten Gelder an 4000 Familien ausbezahlt werden. Das ist ein großer Erfolg!

Der baupolitische Sprecher der Unionsfraktion, Kai Wegner, merkt an, dass viele Mieterhaushalte verunsichert seien. „Wohnen bewegt die Menschen“ und es sei die Aufgabe der Politik, den Menschen wieder das Vertrauen zu vermitteln, dass sie in ihrer Wohnung geschützt sind. Mit populistischen Forderungen nach Enteignungen, wie jetzt in einem Berliner Volksbegehren initiiert, entstehe nun einmal keine einzige neue Wohnung. Ziel müsse vielmehr sein, die Mangelwirtschaft zu beenden und da helfe nur „bauen, bauen, bauen“.

So sieht es auch der Bundestagsabgeordnete Karsten Möring: „Einer der entscheidenden Punkte, wenn man Wohnungen bauen will, ist, dass man das Bauland dafür bereitstellt.“ Das sei Aufgabe der Kommunen. Da könne man verschiedene Möglichkeiten nutzen, wie das Erbbaurecht, Konzeptvergaben, mit denen die Höhe der Mieten geregelt werden kann oder man kann auch Quoten für den sozialen Wohnungsbau vorgeben.

Kosten senken durch Energieberatung

Eine geförderte Energieberatung hilft mittelständischen Unternehmen aller Branchen, die Energieeffizienz im Betrieb zu steigern. Dadurch senken sie ihre Energieausgaben, stärken ihre Wettbewerbsfähigkeit und schützen das Klima. Das BMWi unterstützt die „[Energieberatung im Mittelstand](#)“ und übernimmt bis zu 80 Prozent der Kosten. Die Energieberatung ist ein wichtiges Instrument, um in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) durch qualifizierte Beratung Informationsdefizite abzubauen, Einsparpotentiale und Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz im Unternehmen aufzuzeigen. Die Energieberatung soll dabei wirtschaftlich sinnvolle Energieeffizienzpotenziale sowohl in den Bereichen Gebäude und Anlagen als auch beim Nutzerverhalten aufzeigen. Ziel dieses Programms ist es daher, die Anzahl der durchgeführten Energieberatungen in KMU weiter voran zu bringen und damit vorhandene Energieeinsparpotenziale zu heben. Durch sparsame Energieverwendung in Unternehmen kann ein wesentlicher Beitrag zur Energiesicherheit in Deutschland und zum Klimaschutz geleistet werden.

Förderprogramme für Hauseigentümer

Hauseigentümer die nach Förderprogrammen für Energieeffizienz, Wärme aus erneuerbaren Energien, Zuschüsse für Heizungsoptimierung, energieeffizientes Saniieren, Zuschüssen zur Baubegleitung, Zuschüssen für Brennstoffzellen suchen, können hierzu [eine Übersicht der Förderprogramme](#) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erhalten.

Klimaschutz hat Priorität

In Berlin hat heute zum ersten Mal der Kabinettausschuss "Klimaschutz" getagt. Unter Vorsitz der Bundeskanzlerin kommen nun regelmäßig die zuständigen Ministerinnen und Minister zusammen. Das zeigt den hohen Stellenwert des Klimaschutzes für die Bundesregierung. Die Bundesregierung will den Klimaschutzplan 2050 vollständig umsetzen. Das so genannte "Klimakabinett" erarbeitet dazu nun ressortübergreifend Maßnahmen. In diesem Gremium arbeiten alle zuständigen Ministerien zusammen. In seiner ersten Sitzung hat sich der Kabinettausschuss auf eine Arbeitsplanung und Termine verständigt. Auf der Agenda der nächsten Sitzung am 29. Mai sollen die Maßnahmen der einzelnen Sektoren stehen. Dazu gehören die Bereiche Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft. In den folgenden Sitzungen soll es auch um eine CO₂-Bepreisung als mögliches zusätzliches Instrument gehen. Geplant ist, dass die nächsten Sitzungen im Juli und im August stattfinden. Die Bundesregierung steht hinter den national, europäisch und im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens vereinbarten Klimazielen 2020, 2030 und 2050 für alle

Sektoren. Das bedeutet, dass sich Deutschland dafür einsetzt, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius und möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Spätestens in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts soll weltweit weitgehende Treibhausgasneutralität erreicht werden.

Zur Europawahl im Mai

Im Mai ist Europawahl. Wer wählen geht, stärkt nicht nur das Europäische Parlament, sondern die gesamte europäische Idee. Mit der Kommunikationskampagne [#diesmalwähle](#) macht das Europäische Parlament EU-weit auf die Europawahl 2019 aufmerksam. Die Kampagne ist unabhängig von jeder politischen Ideologie oder Partei und wird hauptsächlich von sogenannten Unterstützern durchgeführt. In Deutschland öffnen die Wahllokale zur Europawahl am 26. Mai. ([Weitere Fragen und Antworten zur Europawahl](#))

Kleinkredite passgenau für KMU

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier stellt fest: „Der Mikrokreditfonds Deutschland ist ein wichtiges Instrument für Kleinst- und Kleinunternehmen im deutschen Mittelstand. Kleinstunternehmen, [Frauen als Unternehmerinnen](#) sowie Migrantinnen und Migranten haben häufig große Schwierigkeiten Bankkredite zu bekommen. Der Mikrokreditfonds Deutschland setzt genau an dieser Stelle an, indem er Mikrokredite an Kleinstunternehmen absichert. Diesen Unternehmerinnen und Unternehmern, die keinen Zugang zur klassischen Bankfinanzierung haben, erweisen bereits einige Tausend Euro große Dienste, um ihr Unternehmen an den Start zu bringen oder einen kurzfristigen Liquiditätseingpass abzufedern“. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales haben mit den derzeit akkreditierten Mikrofinanzinstituten ein flächendeckendes Angebot bereitgestellt. Kleinunternehmen, die Interesse an einem Mikrokredit haben, können sich für eine Beratung direkt an eines der Mikrofinanzinstitute wenden. Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite www.mein-mikrokredit.de

Zitat

„Wir können fliegen, aber nicht bauen.“

(Rainer Bretschneider, Aufsichtsratschef des BER-Betreibers Flughafen Berlin Brandenburg GmbH, am 8.3.2019 zu bisherigen Erfahrungen des Unternehmens beim Bau. DPA)